
Populismus – doch nur ein Modewort?

Rezension von: Philip Manow,
Die Politische Ökonomie des Populismus,
Suhrkamp, Berlin 2018, 176 Seiten,
broschiert, € 16,50;
ISBN 978-3-518-12728-5.

Ausgangspunkt des Bandes ist die Geografie der Wahlerfolge populistischer Parteien und Agenden, und zwar in zweierlei Hinsicht: Laut Philip Manow sticht der Dualismus rechts – links beim Vergleich von Ländern ins Auge. Innerhalb einzelner Länder ist es hingegen die regionale Variation, beispielsweise zwischen Stadt und Land, oder im Fall Italiens zwischen Nord und Süd.

Manow entwickelt in der Folge einen Analyserahmen für den Vergleich der Erfolge von Populisten und erklärt diese durch polit-ökonomische Konstellationen, besonders durch die räumlich spezifische Einbindung in die globale Wirtschaft. So ein Rahmen sei laut Manow erforderlich, weil die Gegenüberstellung von Einzelbefunden selten Schlüsse erlaubt. Und wir sollten auch nicht davon ausgehen, dass überall die gleichen Motive der WählerInnen oder ähnliche ökonomische Konstellationen für den Aufstieg populistischer Parteien und Personen verantwortlich sind. Eine schwedische Wählerin wird aus anderen Gründen für die Schwedendemokraten stimmen, als eine ungarische Wählerin für Fidesz.

Im ersten Teil des Buches stellt Manow eine Politische Ökonomie der Globalisierung vor. Darauf aufbauend erarbeitet er eine Theorie einer Politi-

schen Geografie des Populismus in Europa (Kapitel 2 und 3) unterzieht seine Thesen einem ersten empirischen Test (Kapitel 4 und 5). Erklären will Manow in erster Linie, warum Populismus in Europa einmal auf der linken, andernorts auf der rechten Seite erfolgreich ist.

Im deutschsprachigen Raum hat das Buch Auseinandersetzungen zwischen Sozial- und KulturwissenschaftlerInnen verschiedenster Disziplinen intensiviert und breite Rezeption erfahren. Insofern ist das Buch ein wichtiger Beitrag zur Debatte. Auch viele der zentralen Argumente sind in sich schlüssig. Manow plädiert für eine stärkere Berücksichtigung, somit eine Rehabilitierung polit-ökonomischer Faktoren und Rahmenbedingungen in der Debatte. Das ist grundsätzlich zu begrüßen. Er führt „verschiedene Erscheinungsformen des populistischen Protests [...] auf unterschiedliche Politische Ökonomien Europas“ (S.15) zurück.

Das hebt das Buch ab. Im Gegensatz zu vielen ländervergleichenden Studien wird nicht der eine Verursachungszusammenhang unterstellt. Manow verwirft das häufig implizite Bild von WählerInnen, die ihre Wahlentscheidungen losgelöst vom ökonomischen Kontext, in dem sie leben, treffen. So sind es „sehr wohl bestimmte, spezifische und vor allem auch beschreibbare Problemkonstellationen vornehmlich ökonomischen Charakters, die populistischen Protest provozieren und seine diversen politischen Ausrichtungen mit jeweils unterschiedlichen Hauptträgergruppen erklären können“ (S. 15).

Dem stehen einige entscheidende Defizite gegenüber. Diese werde ich vor allem im letzten Teil der Bespre-

chung ausführlich diskutieren. Entscheidend ist, dass die Leserin schlussendlich fragend zurückblieb: Was möchte der Autor nun erklären? Den Ausgang von Wahlen in Europa? Politischen Protest? Das Aufkommen von Anti-Globalisierungsbewegungen? Oder doch nur ein Modewort?

Manow schließt sich der Kritik gängiger Definitionen von Populismus an, lehnt dessen erratisches Verwenden sogar ab. Doch darunter leiden das Buch und die Argumentation, da der Autor keine eigene Interpretation oder Definition – an der sich die LeserInnen orientieren könnten – anbietet. Und das ist nicht nur angesichts des Buchtitels, sondern auch angesichts der (nahezu völlig) fehlenden Auseinandersetzung mit den Inhalten der populistischen Parteien verstörend.

So könnte die entscheidende These auch lauten, manche Parteien würden eher gewählt, da ihnen das Label populistisch umgehängt wurde – ganz unabhängig von den Inhalten. Oder so, als würden rechtsextreme Parteien weniger problematisch, sobald wir diese als Populisten bezeichnen. Und so kommt es, dass der Linkspopulismus in Lateinamerika als Spiegelbild zum europäischen Rechtspopulismus beschrieben wird, oder ganz entgegen üblicher Klassifikationen Parteien als links, aber nicht populistisch, oder andere als populistisch und nicht „nur links“ kategorisiert werden.

Identitätspolitik oder Kapitalismus?

Die jüngere Literatur über Wahlerfolge aus populistischer Parteien und Personen lässt sich grob in zwei sich wenig austauschende Stränge einteilen.¹ Ansätzen, die auf eine Kulturalisierung politischer Konflikte und der

Politik verweisen, stehen Zugänge gegenüber, die ökonomischen Verwerfungen, Veränderungen und (wahrgenommene) Bedrohungen als primäre Erklärung heranziehen. Im Sinne des Ansatzes kultureller Konflikte ließe sich die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten oder die rezenteren Erfolge rechtspopulistischer Parteien in Europa durch eine heftige kulturelle Reaktion (*backlash*) erklären: Verursacht wurde und wird diese primär durch die am Land oder in strukturell abgehängten, vergessenen Regionen lebenden Menschen. An den Wahlurnen würden sie sich gegen liberale Werte und Entwicklungen, beispielsweise die Ehe für alle, Diskriminierungsverbote, das Recht auf Religionsausübung oder die Forderung nach einer geschlechtergerechten Sprache stellen. Folglich entscheidet den Ausgang von Wahlen, wer den Streit um die Definition von Kultur und Identität gewinnt.

Manow bezeichnet diesen Diskurs als „Elitenselbstvergewisserung“, denn ein Teil des Problems scheint dann „tatsächlich darin zu liegen, dass Arbeiter keine Akademiker sind – und deswegen zum Beispiel weniger Bildung besitzen, was sie weniger weltoffen und tolerant mache“ (S. 32). Zum Hintergrund: Kultur wurde bislang in vielen empirischen Studien durch den höchsten Bildungsabschluss quantifiziert. Implizit wird angenommen, der höchste Bildungsabschluss einer Person oder die AkademikerInnenquote einer Region sei ganz unabhängig von der ökonomischen Situation und den Rahmenbedingungen dieser Person oder einer Region bewertbar; so als wären Wechselwirkungen zwischen Kultur und Ökonomie nicht vorhanden, als handelte es sich um zwei voneinander unabhängige Lebenssphären.²

Doch ebenso wie diese Literatur ökonomische Faktoren systematisch ausblendet, blendet Manow kulturelle Faktoren kategorisch aus. Er schlägt sich eindeutig auf die Seite der ökonomischen Erklärungen. In der deutschsprachigen Debatte hat Manow dafür bereits Kritik geerntet, da immer mehr SozialwissenschaftlerInnen auf eine Annäherung der zwei Ansätze drängen.

Globalismen und Populismen

Die Ausgangssituation für die Erklärung der Erfolge von Populismen sieht Manow in der Intensivierung der Globalisierung und darin, wie diese sich in Europa in den Institutionen EU, Euro und den vier Freizügigkeiten ausdrückt. Manow versteht unter Globalisierung erstens die grenzüberschreitende Bewegung von Gütern und Geld und zweitens die grenzüberschreitende Bewegung von Personen, also Arbeits- oder Fluchtmigration. Protestierten die tatsächlichen oder potenziellen VerlierInnen gegen eine spezifische Form der Globalisierung, werde Populismus zum Erfolgsmodell.

In diesem Punkt baut Manow auf Arbeiten von Dani Rodrik (2018) auf: Rodrik erklärt die relativ größeren Erfolge von Links- bzw. Rechtspopulismus in Lateinamerika bzw. Europa durch die je spezifische Einbindung der Regionen in Globalisierungsprozesse sowie das Ausmaß und die Art wohlfahrtsstaatlicher Absicherung. Laut Rodrik äußert sich Protest gegen die Globalisierung als linkspopulistisch, wenn die Bewegung von Gütern und Geld als Bedrohung wahrgenommen wird, und rechtspopulistisch, wenn das Drohpotenzial der Bewegung von Menschen überwiegt.

Darüber, wie Parteien diese globalen Bewegungen von Menschen, Geld und Gütern instrumentalisieren, schweigen sowohl Rodrik als auch Manow. Gemäß Rodrik wird die Bewegung von Personen heute dort als Bedrohung wahrgenommen, wo früher Wohlfahrtsstaaten – im Sinne ihrer Kompensationsfunktion – die Bedrohung durch die Globalisierung von Gütern und Geld abgeschwächt haben. Laut Rodrik reagiert der rechtspopulistische Protest auf ‚die Zuwanderung‘ in die entwickelten Wohlfahrtsstaaten Europas. Hingegen ist der Linkspopulismus in Südamerika erfolgreich, da große Migrationsbewegungen aufgrund geringer Einkommensunterschiede nicht entstehen, oder MigrantInnen ohnehin keinen Zugang zum Sozialsystem haben.

Aufbauend auf diesen Thesen ist auch für Manow populistischer Protest nicht gleich populistischer Protest, er ist eben entweder links oder rechts. Getragen wird der Protest in jedem Fall von (potenziellen) VerlierInnen der Globalisierung. Und da in verschiedenen Ländern und Regionen je andere Personengruppen zu diesen VerliererInnen zählen, stützen je andere Personengruppen den Protest. Manow interessiert sich in erster Linie für inner-europäische Unterschiede. Er adaptiert die Thesen von Rodrik, definiert drei europäische ‚Idealtypen‘ und beschreibt diese durch folgenden Hypothesen:

In Südeuropa richtet sich der Protest gegen den freien Verkehr von Waren und Geld und gegen Austeritätspolitik. Populistischer Protest artikuliert sich daher links. Getragen wird der Protest von ArbeitsmarktinsiderInnen als auch ArbeitsmarktoutsiderInnen. Wohlfahrtsstaatliche Leistungen sind dort

eher als konkrete Austauschbeziehung zwischen WählerInnen und Parteien zu verstehen, der Wohlfahrtsstaat ist partikularistisch und häufig sind dessen Leistungen ArbeitsmarktinsiderInnen vorbehalten. Da MigrantInnen vor allem im informellen Sektor Beschäftigung finden, stellen sie keine Bedrohung für ArbeitsmarktInsiderInnen dar.

Die angelsächsischen Länder und Osteuropa, charakterisiert durch offene Arbeitsmärkte und rudimentäre sozialstaatliche Sicherung, sind mit Arbeitsmigration konfrontiert. Der dort erfolgreiche rechtspopulistische Protest wird von ArbeitsmarktoutsiderInnen getragen, denn diese nehmen die ArbeitsmigrantInnen als Konkurrenz wahr, fürchten Lohnsenkungen und Arbeitslosigkeit. Die Globalisierung von Gütern und Geld ist dort kein maßgebliches Problem.

In Nord- und Kontinentaleuropa ziehen großzügige Wohlfahrtsstaaten Menschen auf der Flucht an. Folglich fürchten ArbeitsmarktInsiderInnen um ihre Position. Denn durch ihre Beiträge werden die Leistungen für Geflüchtete finanziert – die eben keinen Beitrag leisten. Das führt dort zum Erfolg von Rechtspopulismus.

Diese Argumente bilden den Kern des Buches und werden in den Kapiteln 2 und 3 genauer ausgearbeitet. Und ganz offensichtlich passt so mancher Wahlausgang der letzten Jahre oder so manche Empirie nicht ganz in dieses Schema – beispielsweise die Erfolge der rechtspopulistische Lega in Italien. Doch Manow kontert gleich vorweg: Der Erfolg der Lega wird von Regionen Norditaliens getragen, im Süden ist die linkspopulistische Fünf-Sterne-Bewegung stark. Spätestens seit den Parlamentswahlen im März 2018 bilde sich Europas politische

Geografie des Populismus in Italien „im Binnenverhältnis noch einmal ab“ (S. 120) – lediglich der Süden Italiens gehöre zum südeuropäischen Modell. Und Osteuropa passt auch nicht schlüssig in das Schema. So beschreibt Manow diese Länder als Spezialfälle, da diese bezüglich der „grenzüberschreitenden Bewegung von Personen Entsender-, nicht Empfängerland“ (S. 62)³ sind. Zu den VerliererInnen der Globalisierung zählt Manow die immobilen Gruppen. Und gleichzeitig will man dort keine MigrantInnen empfangen, fremdes Kapital hingegen schon; „all das ist nicht gerade förderlich für ein Florieren des Linkspopulismus“ (S. 59).

Auch die darauffolgenden Teile des Buches widmen sich einem ersten empirischen Test dieser Hypothesen, insbesondere einer detaillierten Fallstudie über Deutschland. Besonders erwähnenswert, da nicht so offensichtlich, ist eine methodische Entscheidung, die Manow trifft: Er greift auf regional aggregierte Informationen zurück – im Gegensatz zu Informationen über Individuen aus Befragungen. Für diesen Zugang sprechen durchaus schlüssige Gründe.⁴ Beispielsweise ist Arbeitslosigkeit dann kein rein individuelles Geschehen, sondern ein Problem – eine Bedrohung –, mit dem auch das räumlich definierte, nähere Umfeld der unmittelbar betroffenen Personen, gewissermaßen die lokale Ökonomie, konfrontiert ist. Durch den Rückgriff auf kleinräumig aggregierte Daten kann Manow – wie er es nennt – Ausstrahlungseffekte abfangen.

Nur tappt Manow hier stellenweise in eine lange bekannte Falle. Auch dazu ein Beispiel: In Deutschland findet Manow einen negativen Zusammenhang zwischen der Arbeitslosenquote und

dem Stimmanteil der AfD bei der Bundestagswahl 2017. Doch daraus folgt nicht, dass Arbeitslose die AfD eher nicht wählen. Außerdem unterstellt Manow rationale WählerInnen, die sorgfältigst ihr polit-ökonomisches Umfeld analysieren, erkennen, wie dieses sich auf die eigene Lage auswirkt, erkennen, ob die Globalisierung von Gütern und Geld, Arbeits- oder Fluchtmigration das entscheidende Problem, die größte Bedrohung für sie darstellt, abwägen und dann eine entsprechende Wahlentscheidung fällen.

Populismus als Weichspüler

Und in einer – für das Buch – entscheidenden Frage schweigt Manow. Was unterscheidet eine populistische Partei von einer nicht-populistischen Partei? Was macht den Populismus zum Populismus? In der Literatur trifft man auf eine Vielzahl von Definitionen von Populismus und von populistischem Politikstil.

Vorweg, in Lateinamerika werden die *Pink-Tide*-Regierungen, also Peron, Kirchner oder auch Vargas, häufig als populistisch bezeichnet, obwohl deren Programme eher auf eine Politik der kulturellen Inklusion abzielen. In Europa tragen das Label eher Parteien, die auf eine Politik der Exklusion abstellen. Und in den USA hat der Begriff noch eine andere Konnotation, er ist dort deutlich positiver aufgeladen. Barack Obama bezeichnete sich selbst als Populist und sprach die Bezeichnung Trump ab, er wolle ihm dieses Label nicht überlassen.

Der Ursprung der Verwendung des Begriffs als analytische Kategorie wird häufig Richard Hofstadter (1955) zugeschrieben. Im Kontext der Nachkriegszeit sah dieser in Ideologien einen Wi-

derpart zu vermeintlich rationaler, konsensorientierter Politik und eine große Gefahr. Ironischerweise gilt Hofstadters Forschung heute als diskreditiert – weil ideologisch. Jedenfalls beschrieb Hofstadter die aus der Bauernbewegung des späten 19. Jahrhunderts hervorgegangene, US-amerikanische People's Party und deren ideologische Politik als Populismus. LandwirtInnen, zunächst vor allem im Süden des Landes, später auch in anderen Regionen, setzten sich gegen horrenden Preise der Eisenbahngesellschaften, lokale Zwischenhändler und Banken zur Wehr. Im Wesentlichen war die People's Party ein Zusammenschluss aus LandwirtInnen und ArbeiterInnen, der Verteilungsfragen ins Zentrum politischer Auseinandersetzungen stellte. Gefordert wurden u. a. das Abgehen vom Goldstandard, die Zerschlagung von Monopolen, eine progressive Einkommensteuer, Bundeskredite für LandwirtInnen, die Verstaatlichung der Eisenbahnen, Telegrafengesellschaften und Banken, der Acht-Stunden-Arbeitstag und das Recht auf die Gründung von Gewerkschaften.

Später beschrieb Laclau (2005) Populismus als völlig ideologiefrei. In der heute gängigsten Definition ist es eine „dünne Ideologie“. ⁵ Populismus sieht „die Gesellschaft schlussendlich als in zwei homogene, antagonistische Lager unterteilt, ‚das reine Volk‘ und die ‚korrupte Elite‘, und argumentiert, dass Politik der Ausdruck des Willens des Volkes sein sollte“. ⁶ Entsprechend wird die Herstellung von ‚Volksouveränität‘ verlangt. Diese Definition lehnt Manow klar ab, ebenso wie jene, die eher auf den Politikstil und die Rhetorik fokussieren. Für den viel rezipierten Jan Werner Müller (2015) geht es beim Populismus nicht um Inhalte, sondern um

eine Form der Identitätspolitik, die jeglichem anderen Legitimität abspricht.

Manow kann und will mit all diesen Interpretationen nichts anfangen. Während er zumindest erklärt, was die LeserIn nicht unter Populismus verstehen sollte, erklärt er allerdings nicht, was darunter verstanden werden kann. Dass somit unklar bleibt, was der analytische Rahmen eigentlich erklären soll und kann, ist eine entscheidende Schwachstelle des Buches.

Aber nicht nur bei Manow ist die Verwendung des Begriffs problematisch. Biskamp (2019) verweist insbesondere auf drei kritische Elemente der normativen Implikationen des Begriffs: Erstens werden (besonders) in Europa politische GegnerInnen als populistisch bezeichnet. Dadurch werden diese als unseriös oder irrational stigmatisiert. Fridays for Future, der Youtube-Star Rezo und die FPÖ sind dann gleichermaßen populistisch, ohne dass diese irgendeine gemeinsame Essenz hätten. Das geht zweitens mit der Konzeption des politischen Raumes als vernünftige Mitte, umgeben von undemokratischen Rändern, einher – also der Hufeisentheorie. Populismus von links und rechts wird dann als gleichermaßen gefährlich für die Demokratie beschrieben oder gleichermaßen irrational. Drittens wird dabei zwischen zwei Eskalationsstufen unterschieden – Populismus und Extremismus. Auch wenn gefährlich, ist der Populismus gerade noch irgendwie mit demokratischen Institutionen vereinbar, gefährlich wird es erst, wenn eine Partei, Person oder Organisation als extremistisch bezeichnet wird.

Die Bezeichnung der FPÖ als populistisch ist schlichtweg eine Verharmlosung rechtsextremer Politik, ein „medialer Weichspüler“. ⁷ Auch Manow ver-

harmlost den Rechtspopulismus als legitimen Protest (gegen Migration oder globale Bewegung von Gütern und Geld). Der Eindruck, der bleibt: „Vielleicht erfüllt die zeitgenössische Verwendung des Begriffs ihren wahren Zweck: Populismus wurde zum bevorzugten rhetorischen Mittel, um Unterschiede zwischen links und rechts zu verwässern“. ⁸

Franziska Disslbacher

Anmerkungen

- ¹ Zumindest aus der Perspektive der „Nachfrage“ nach Politik.
- ² Natürlich gibt es dabei auch Ausnahmen, etwa die in Hochschild (2017) zusammengefasste Forschung über vom amerikanischen Traum enttäuschte Rechte in Louisiana.
- ³ Zum Zusammenhang zwischen Abwanderung aus diesen Regionen und Lohngefällen siehe Astrov et al. (2019).
- ⁴ Siehe dazu auch Essletzichler et al. (2018).
- ⁵ Mudde und Kaltwasser (2017) 6.
- ⁶ Ebendort.
- ⁷ Boos (2019).
- ⁸ Postel (2019).

Literatur

- Astrov, Vasily; Leitner Sebastian; Mara Isilda; Podkaminer, Leon; Vidovic, Hermine, Die Lohnentwicklung in den Westbalkanländern, Moldau und der Ukraine (= Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft 193, Wien 2019).
- Biskamp, Florian, Ökonomie ist kulturell, Kultur ist ökonomisch. Zu den Grenzen einer Politischen Ökonomie des Populismus, in: PROKLA 49/3 (2019) 463-477.
- Boos, Tobias, Ein Hut, zu viele Köpfe – Zu Geschichte und Theorie des Populismusbegriffs, in: PROKLA 48/1 (2018) 9-26.
- Essletzichler, Jürgen; Disslbacher, Franziska; Moser, Mathias, The victims of

- neoliberal globalization and the rise of the populist vote, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11/1 (2018) 73-94.
- Hochschild, Arlie Russel, *Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten* (Frankfurt am Main 2017).
- Laclau, Ernesto, *On Populist Reason* (London 2005).
- Mudde, Cas; Kaltwasser, Cristóbal Rovira, *Populism: A Very Short Introduction* (Oxford 2017).
- Müller, Jan Werner, *Was ist Populismus – Ein Essay* (Berlin 2016).
- Postel, Charles, „Populism” and the Significance of Left and Right, in: *Jacobin* 35 (2019) 88-96.
- Rodrik, Dani, Populism and the political economy of globalization, in: *Journal of International Business Policy* 1/1 (2018) 12-33.